

Zypern, ja, aber die EU ist das größere Problem

Zypern wo? – die östlichste Insel im Mittelmeer

Zypern was? – der letzte zweigeteilte Staat innerhalb der EU aus Zypern-griechisch und Zypern-türkisch mit UN-bewachter Grenze dazwischen, für deren Passieren ein Tagesvisum erforderlich ist

Zypern wer? – Vorsitzender der Europäischen Staatengemeinschaft während der zweiten Jahreshälfte 2012.

Zypern mit Zukunft?

Diese und viele weitere Fragen fallen einem ein, wenn in diesen Tagen der Name Zypern fällt, die Insel des Kupfers und die Insel der Aphrodite. Es heißt, die schönsten Strände der Insel liegen im nördlichen, im türkischen Teil. Die meisten Touristen fliegen aber nach Larnaka im griechischen Teil und verteilen sich von dort auf die Ferien-Hochburgen Ayia Napa, Paphos und nicht zuletzt auf das „russische“ Limassol. Wer stärker in Richtung mayorquinischen „Ballermann“ orientiert ist, der bleibt wahrscheinlich am längsten in Ayia Napa. Wer eher die bergigen Wälder und die Bäche im Troodos-Hochland und die dort versteckten orthodoxen Klöster nicht verpassen will, den hält es länger in Paphos und dem westlichen Teil der Insel. Und wer sich vor allem an seiner eigenen russischen und ukrainischen Kultur, den kyrillischen Geschäftsnahmen und den Trinkgewohnheiten anlehnen möchte, der kann sich sofort in Limassol, an der Südküste, zu Hause fühlen.

Limassol macht jedem deutlich, wie bis zur aktuellen Krise Zyperns der Lebensnerv der Republic of Cyprus hieß: Steuerparadies für die Kapitalverschieber, die über zyprische und russische Banken auf der Insel problemlos ihre vielen illegal erworbenen Millionen legalisieren, „waschen“, konnten. Leichter als in jedem anderen EU-Land, aber mitten drin. Hier ist der Kern des sogenannten **Geschäftsmodells** der griechisch-zyprischen Inselhälfte. Mit diesem Geschäftsmodell war der Eintritt in die EU 2004 und der Beitritt zur Euro-Zone problemlos möglich gewesen. Das große Geldwaschen wurde seit der EU-Mitgliedschaft lediglich ein wenig steuerlich belastet, aber nie ernsthaft erschwert oder gar sanktioniert. Wenn „Brüssel“ und seine Euro-Finanzminister jetzt Anfang 2013 über dieses versifft Staatswesen Zypern herziehen, ist es genauso heuchlerisch, wie die ex-post Entrüstung über verlogene griechische Regierungen, die schon in den 1990er Jahren „Brüssel“ systematisch mit getürkten Statistiken betrogen haben (angepasster Begriff wäre: gegriechischte Daten): denn der jahrelange griechische Betrug war in Brüssel genauso bekannt, wie in Berlin oder Paris oder Helsinki. Und zu Bulgarien und Rumänien und Ungarn und den Berlusconi und Rajoy gehört längst die Frage, warum sie alle zu einer europäischen Union gehören sollen. Die Antwort darauf füllt ein dickes Buch, weil natürlich nicht jedes dieser Länder in gleicher Weise verstanden und beurteilt werden kann. Gemeinsam ist dennoch vor allem dem europäischen Süden, daß transnationale Unternehmen und transnationale Banken gegenüber der EU-Kommission und den EU-Parlament ihre professionelle Lobby erfolgreich in Stellung bringen konnten, um während der 1990er Jahre und darüber hinaus, eine völlig überzogene „Erweiterungspolitik“ zu betreiben. Erweiterung bedeutete vergrößerte Märkte ohne Zollkontrollen mit endlosen Transporten über Ländergrenzen hinweg, um Lohnkostengefälle zwischen Europa-Nord und Europa-Süd betriebswirtschaftlich zu nutzen. Der gierige Blick der politischen Eliten im Süden auf die vielfältigen brüsseler Geldtöpfe (Strukturfonds ...) wurde von den Akteuren im Norden auch deswegen klaglos in Kauf genommen, weil es ja Steuergelder sind, die nach Süden fließen, dort die landläufige Korruption in der Produktion, dem Handel, dem Gesundheitswesen zwar mächtig anheizen, dabei aber das Geschäft des einzelnen transnationalen Unternehmers in der Bakschisch-Frage gleichzeitig erheblich erleichtern. Dass die südosteuropäischen Staaten für die Festigung der NATO-Grenze gegenüber Russland besondere Bedeutung besitzen und in dem Zusammenhang von den USA immer Druck auf die westeuropäischen Regierungen ausgeübt wurde, ist eine weitere

Dimension im fehllaufenden Prozeß der Europäischen Union. Jedenfalls verdient die Auseinandersetzung mit dem Problem Zypern erheblich mehr Differenzierung als nur über das sehr spezielle Geschäftsmodell seiner Regierungen zu klagen. Und die von den EU-Finanzministern ernsthaft vorgeschlagene Sonderbesteuerung von mittelmäßigen Vermögen ab 100.000,- Euro hat vor diesem Hintergrund vor allem den Charakter von politischer Perversion und gravierender Europa-Destruktion. Aber noch einmal der Blick zurück auf Zypern an sich.

Seit 2011 ist die griechisch-zypriotische Regierung ein sogenannter „failed state“ oder schlichter: bankrott. Bei der Übernahme der EU-Präsidentschaft am 1.7.2012 erbat die Regierung zugleich die Schutzfunktion des Euro-Rettungsschirms, als nunmehr fünftes Euro-Land. Die griechisch-zypriotische Regierung erbat gleichzeitig zum zweiten Mal eine finanzielle Budgethilfe von Russland. Ende 2011 hatte Moskau zum ersten Mal 2,5 Mrd Euro gewährt und die Regierung in Nicosia vor dem Staatsbankrott gerettet. Diesmal – ein gutes halbes Jahr später – hat Nicosia die Bitte an Moskau auf 5 Mrd verdoppelt. Bei den Euro-Verwaltern in Luxemburg und Brüssel kam das nicht so gut an. Denn: Zypern hatte bis März 2013 zwar einen Staatspräsidenten (Dimitris Christofias), der seine Studienjahre in Moskau ebenso wenig vergessen hat wie seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Zyperns ("Fortschrittspartei des werktätigen Volkes", AKEL). Der mächtige Einfluss des Kreml auf Nicosia beschränkt sich aber ganz offenkundig nicht auf Zypern. Denn die Beziehungen mit solchen Partnern innerhalb der EU und sogar innerhalb der Euro-Gruppe sind für Moskau von strategischer Bedeutung. Das dürfte Präsident Putin allemal auch die weitere Unterstützung der griechisch-zypriotischen Republik wert sein – in welcher Form auch immer. Da Moskau den Unwillen der Nettoeinzahler in der Euro-Region – gerade auch die angespannte Beziehung zu Deutschland – nicht überstrapazieren will, hat Putin der neuen zyprischen Regierung zunächst nur zurückhaltend geholfen, die harschen Auflagen des Euro-Rettungsschirms zu umgehen oder zu mildern. Die zyprische Regierung versucht daher, sich mit allerlei wilden Ruderbewegungen vor dem Ertrinken zu bewahren, bietet Investoren ab 3 Millionen Euro den zyprischen Paß an und damit alle Vorteile der Euro-Region; will - so wie im Nordteil der Insel – Casinos einrichten, in die dann die russischen Millionäre nach einem 2-3 Stunden Flug einströmen; setzt auf massiven Ausbau des Tourismus obwohl die Trinkwasserversorgung schon seit Jahren zu den größten Problemen der Insel gehört und handelt schon mit gewaltigen Gasvorkommen vor seiner Ostküste, deren Umfang weder genau bekannt ist noch schnelle Klarheit über die technische Nutzung (Verflüssigung?) und die Vermarktungsmöglichkeiten erreicht werden wird. Gerade der Zugriff auf die Gasblase vor Zyperns Ostküste wird durch die politischen und ökonomischen Begehrlichkeiten der türkischen Regierung blockiert. Abgesehen davon, daß die Türkei genauso wenig zu Europa gehört wie Israel, pokert die türkische Aussenpolitik um die Gasblase und um die Wiedervereinigung Zyperns und um den Beitritt der Türkei zur EU, indem Ankara alle diese Themen miteinander verbindet – aber wiederum mit so vielen Knebelbedingungen für das griechische Zypern verknüpft, daß Nicosia selbst die Knebelung des Euro-Rettungsschirms noch einer gemeinsamen Ausbeutung der Gasblase durch Nicosia und Ankara vorzieht. Bei den griechischen Zypern spielen die Erinnerungen an den Krieg gegen die türkischen Invasoren von 1974 eine ausschlaggebende Rolle. Für West- oder Nord-Europa spielt eine große Rolle, ob die Türkei noch mehr Zugriff auf die Energieversorgung der EU-Staaten erhält als bisher schon. [1] Unabhängig von der „Zypern-Frage“ bastelt Ankara inzwischen mit Israel an einer gemeinsamen Ausbeutung derselben Gasblase, bzw. dem Teil, der zum israelischen Shelf gehört (Gasfeld Tamar).

Die Kernfrage der Zypern-Krise lautet aus meiner Sicht daher: was hat die EU-Kommission und vor allem der Europäische Rat (die EU-Regierungen) aus all den Krisen, insbesondere der griechischen, für den angemessenen Umgang mit einem weiteren Krisen-Staat gelernt? Und

statt immer nur von „Rettung“ zu sprechen, böte ein so kleines Land wie die Republik Zypern die Möglichkeit, endlich einen Prozeß der nachhaltigen Entwicklung von Brüssel her einzuleiten und auf mittlere Sicht zu begleiten. „Rettung“ bedeutet schließlich vom Kerngedanken her immer „zurück“ zu dem, was vor der Krise war. Das genau ist die Schwachstelle der gesamten Troika-Politik (also EU-Rat, EZB, IMF): seit 2008 geht es immer nur um die „Rettung“ des Finanzsektors mittels Steuergelder anstelle von Wohlfahrtsförderung durch wirtschaftliche, soziale, umweltverträgliche Entwicklung der europäischen Völker. Die Parallele zum Thema Atomenergie drängt sich auf: über Jahrzehnte hinweg wurde und wird in den meisten EU-Staaten die Atomenergie mit Steuergeldern subventioniert (allein in Deutschland zwischen 1970 und 2012 mit umgerechnet insgesamt 213 Mrd Euro). [2] Nirgendwo in diesen Staaten wurde in diesen Jahrzehnten ein gesichertes Endlager für den Problemabfall gebaut – vor allem wurden die Profiteure der Kernkraftanlagen nicht gezwungen, sichere Deponien anzulegen (ersetzen wir „Profiteure“ durch Banken und „Deponien“ durch Eigenkapitalausstattung, dann sind wir direkt im Eurokrisenthema). Auch in Zypern wurde 2013 zunächst wieder alles auf die Frage reduziert: Kredit oder nicht; bzw. Kredit zu welchen Konditionen; bzw. Hilfe für den Staat Zypern und die zypriotische Gesellschaft oder erneut Hilfe für die Banken. Der erste Vorschlag: Beteiligung der mittleren Anleger ab 100.000 Euro Bankguthaben hat zu recht nicht nur in Zypern selbst, sondern europaweit zu erheblichen Protesten gegen den deutschen und die übrigen Finanzminister der Eurogruppe geführt. Die Hoffnung, daß die revidierte Vereinbarung, d.h., daß der Zugriff auf größere Bankeinlagen bei den zyprischen Großbanken den vereinbarten zyprischen Beitrag zum „Rettungsplan“ sicherstellt, wurde allerdings von zyprischer Seite schon wieder ad absurdum geführt bevor die Tinte unter dem „Rettungsplan“ getrocknet war. Denn quasi über Nacht wurden aus dem anfänglichen Finanzbedarf von 17,5 Mrd Euro stolze 23 Mrd. Über Nacht streuten internationale Korrespondenten auch die Nachrichten vom Insider-Wissen des Staatpräsidenten, wodurch er der Familie seines Schwiegersohns viele Millionen Euro gerettet habe. Was also wird hier eigentlich gerettet? Griechenland lässt grüßen. Immerhin ist die Verkleinerung der Bank of Cyprus und die Abwicklung der Laiki-Bank ein neuer Schritt im Krisenmanagement. Wieviel an strukturellen Reformen im Bankensektor und darüber hinaus tatsächlich bis 2018 umgesetzt wird, sollte auch von der Zivilgesellschaft in Zypern genau beobachtet werden. Denn es bleibt vor allem eine Krise der Menschen auf der Insel, nicht der Institutionen. Und für den normalen Bewohner der Insel sind die Auflagen der Troika offensichtlich nicht konzipiert, denn: Von den zehn Milliarden Euro Kredithilfen sollen 4,1 Milliarden Euro für die Tilgung von Krediten und die Rückzahlung auslaufender Staatsanleihen verwendet werden. 3,4 Milliarden Euro sind reserviert, um die Lücken in Zyperns Haushalten der kommenden Jahre zu schließen. Die restlichen 2,5 Milliarden Euro sollen dazu dienen, den Bankensektor jenseits der beiden größten Institute - der Bank of Cyprus und der Laiki Bank - mit neuem Kapital auszustatten.

Lessons learnt für Europa:

Der Europäische Rat kann sich solche „Rettungspläne“ nur noch leisten, wenn die Auflösung der EU beabsichtigt ist. Griechenlands Geschäftsmodell war auf Betrug aufgebaut und das Fehlen klarer Sanktionen (z.B. Entlassung Griechenlands aus der Gemeinschaft, aber auf keinen Fall die Aufnahme in die Euro-Gruppe) war ein Türöffner für spätere Erweiterungs-Länder, mit ähnlichen Methoden zu arbeiten. Die EU muß endlich ein qualitatives Verständnis von der Rettung der Gemeinschaft entwickeln und sich von der „Rettung“ der Banken radikal verabschieden. Es darf nicht länger um die Banken und die falsch vorgetragene „systemische Bedeutung“ von extrem spekulativen Instituten gehen. Die Abwicklung der Bad Banks muß in erster Linie eine Aufgabe der sogenannten Good Banks sein – nicht der Steuerzahler.

Über Wohlstandsicherung oder –mehrung ihrer Gesellschaften muß sich die EU qualifizieren und identifizieren lassen. Als Instrumente nicht als gesellschaftspolitisches Ziel gehören dazu : eine Bankenunion mit einer zentralisierten Aufsicht, deutlich höhere Eigenkapitalausstattung aller Banken, die Auflösung von Steueroasen gerade auch innerhalb Europas (Schweiz, Niederlande, Großbritannien, Zypern...) und insgesamt klare Handlungskontrollen der Staatsorgane – nicht nur zur Abwehr militärischen und elektronischen Terrors, sondern auch zur Rückführung des Casino-Kapitalismus auf eine Wirtschaftspolitik nach menschlichem Maß. Besonders die großen EU-Länder müssen sich an ihre selbst gesetzten Spielregeln halten. Deutschland hat mit 80% Staatsverschuldung gegenüber dem Bruttoinlandprodukt das Maastricht-Limit weit überzogen – und das sind als Zahl mehr als 2 Billionen Euro öffentlicher Schulden. Frankreich liegt bei 86% seines BIP und das sind 1,7 Billionen mit einer deutlich schwächeren Wirtschaftsstruktur als Deutschland etc. Insgesamt belaufen sich die Bankschulden im Euroraum auf etwa das Fünffache der Staatsschulden. Dagegen erscheinen die 10 Mrd Euro an „Rettungsmaßnahmen“ für Zypern wie echte „peanuts“. Die Frage bleibt also: Wer soll den hier eigentlich noch was „retten“? Banken, die sich verzockt haben und dabei viele Unternehmen und Einzelpersonen in den Bankrott gestürzt haben, dürfen nach neoliberaler Lehre auch selber abstürzen.

Königswinter, 20.4.2013

[1] Vor allem durch die Transkaukasische Pipeline von Baku über Tiflis bis in den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan begann 2006 der Transport von Rohöl nach Westeuropa. Diese Pipeline ist einerseits ein wichtiges strategisches Gegenstück zur Ostsee-Pipeline Nord Stream, die russisches Erdgas von Wyborg nach Greifswald strömen lässt. Aber gerade deswegen kann die Türkei die EU mit dieser Energie-Arterie auch jederzeit unter Druck setzen. Der Zugriff auf die zyprische Gasblase und die von Ankara vorgeschlagene Vermarktung dieses Gases über Ceyhan würde die Rolle der Türkei gegenüber der EU noch verstärken und stünde damit in heftigem Widerspruch zur Diversifizierungspolitik, wie sie schon der Vorgänger von Energie-Kommissar Oettinger eingeleitet hatte

[2] Was Strom wirklich kostet. Studie im Auftrag von Greenpeace Energy eG und dem Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE), August 2012